

B e s c h l u s s

70. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 - Auftrag und Vermächtnis zur Fortsetzung der Aufarbeitung von DDR/SED-Unrecht und angemessenen Erinnerung an dessen Opfer

Der Landtag hat in seiner 112. Sitzung am 2. Juni 2023 folgenden Beschluss gefasst:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Aufarbeitung des mit der sowjetischen Besatzungsherrschaft und der DDR/SED-Diktatur verbundenen Unrechts ist eine Kernaufgabe der Erinnerungs- und Gedenkkultur im Freistaat Thüringen.
2. Eine kontinuierliche Erinnerung an das in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR begangene Unrecht und deren Opfer sowie dessen Aufarbeitung ist eine permanente gesellschaftspolitische Aufgabe, die Politik und Gesellschaft nicht nur saisonbedingt in Abhängigkeit ausgewählter runder Jubiläen aus dieser Zeit der deutschen Geschichte beschäftigen soll.
3. Diese beständige staatspolitische Aufgabe der Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit wird begleitet von einer umfassenden Bildungs- und Vermittlungsarbeit, die zugleich als Bestandteil einer offensiven Demokratiearbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Voraussetzungen und Zerbrechlichkeit freiheitlicher demokratischer Verhältnisse schärfen soll.
4. Die dezentrale Erinnerungsarbeit und -kultur hat sich bewährt und wird durch zentral organisierte Veranstaltungen sinnvoll ergänzt.
5. Im Rahmen der Erinnerungs- und Gedenkarbeit sowie Aufarbeitung gilt ein besonderes Augenmerk vor allem den Opfern des in der SBZ/DDR begangenen Unrechts.
6. Auf dem Gebiet der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur und des damit verbundenen Unrechts wurde seit der Wiedergründung des Landes Thüringen viel erreicht, dennoch gibt es nach wie vor weiteren Handlungsbedarf hinsichtlich noch vorhandener Desiderate bei der historischen und opfergerechten Auseinandersetzung mit der Thematik. Thüringen verfügt über eine breit aufgestellte und ausdifferenzierte Erinnerungs-, Gedenk- und Aufarbeitungslandschaft, die eine sehr gute wissenschaftliche und pädagogische Arbeit leistet und über die Landesgrenzen hinaus eine große Anerkennung genießt. Hervorzuheben ist insbesondere das Engagement des Geschichtsverbundes Thüringen - Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. ihr am 25. Mai 2022 dem Landtag zugeleitetes Konzept für eine zeitgemäße Erinnerung an die beiden Jahrestage unter Berücksichtigung des Tages der Deutschen Einheit 2022 mit dem Titel "Heute vor 70 Jahren. Für eine lebendige Erinnerungskultur in Thüringen zu den Jahrestagen der Grenzabriegelung am 26. Mai 1952 und des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953" zu überarbeiten und zu einem Gesamtkonzept zur Gedenk-, Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit im Freistaat Thüringen zu erweitern, das auch jenseits der bekannten Jubiläen wirkt und die Bedeutung dieser beständigen staatspolitischen Aufgabe hervorhebt; dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - a) das Gesamtkonzept soll unter Einbeziehung des Geschichtsverbundes Thüringen - Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, relevanter wissenschaftlicher Einrichtungen und anderer Initiativen zur Gedenk-, Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit erarbeitet beziehungsweise erweitert werden und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zur Erinnerung an die mindestens 3,5 Millionen Opfer kommunistischer Unterdrückung enthalten, darunter 1.722 Tote und 42.700 körperlich Versehrte;
 - b) der zeitlich-historische Rahmen dieses Konzepts sowie der zu planenden Erinnerungsveranstaltungen soll sich auf die in der SBZ und in der DDR begangenen Unrechtstaten sowie den Kampf um elementare Freiheiten und demokratische Rechte erstrecken, der seinen Höhepunkt in der Friedlichen Revolution 1989 fand;
 - c) im Mittelpunkt der Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit, aber nicht ausschließlich, sollen die historischen Ereignisse der Grenzabriegelung ab 1952 und des Mauerbaus vom 13. August 1961, des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 stehen, aber ebenso auch wesentliche Aspekte der Friedlichen Revolution 1989 und der damit verbundene Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990;
 - d) bei den Aktivitäten zur Aufarbeitung des in der SBZ/DDR erlittenen Unrechts sind die vielfältigen, jedoch häufig wenig miteinander verbundenen Einzelmaßnahmen für eine bestimmte Thematik zusammenzuführen und nicht losgelöst voneinander abzubilden;
 - e) das Konzept hält an einer dezentralen Erinnerungsarbeit und -kultur, die sich in den letzten Jahrzehnten bewährt hat, fest und berücksichtigt zentral organisierte Veranstaltungen insbesondere zu "runden" Jubiläen als sinnvolle Ergänzung;
 - f) einbezogen werden sollen sämtliche Opfergruppen, deren Existenz, Leben und Freiheit durch das SBZ/SED-Regime beeinträchtigt worden sind; ihr Leid und ihr Schicksal sind in den Mittelpunkt von Aufarbeitung und Erinnerung zu rücken, wofür geeignete Formate zu entwickeln sind;
 - g) das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) und die Landeszentrale für politische Bildung sollen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Initiativen zur Aufarbeitung der SBZ/SED-Diktatur Veranstaltungsformate und Publikationen insbesondere für ein junges Publikum entwickeln, um die

- Auswirkungen der Verweigerung elementarer Freiheiten und demokratischer Rechte auf die Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln; die Ergebnisse dienen einer umfassenden Bildungs- und Vermittlungsarbeit, die im Sinne einer offensiven Demokratiewerk die Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Voraussetzungen und Zerbrechlichkeit freiheitlicher demokratischer Verhältnisse schärfen soll;
- h) bei der Umsetzung des Konzepts sollen Möglichkeiten der Kooperation mit den benachbarten Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt genutzt und gemeinsame Projekte durchgeführt werden;
2. dem Landtag das Gesamtkonzept bis Ende 2023 vorzulegen und es im Landtag zur Diskussion zu stellen;
 3. die Arbeit der 2015 eingerichteten "Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen" fortzusetzen;
 4. dem Landtag künftig unaufgefordert im vierten Quartal einen jährlichen Bericht zu ihren Aktivitäten, Schwerpunkten und Prioritäten auf dem Gebiet der Gedenk-, Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit bezüglich des in der SBZ und DDR begangenen Unrechts sowie über ihre geplanten Vorhaben und eingeschlagenen Entwicklungsperspektiven vorzulegen;
 5. die in Thüringen breit aufgestellte und ausdifferenzierte Erinnerungs-, Gedenk- und Aufarbeitungslandschaft in diesem Bereich weiterhin durch finanzielle Förderung und Beratung zu unterstützen, ihre historisch-politische Bildungsarbeit durch den Einsatz moderner digitaler Vermittlungsinstrumente weiterzuentwickeln sowie insbesondere auch durch die authentische Zeitzeugenarbeit vor Ort zu stärken;
 6. die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit anhand der zugänglichen Stasiakten im Bestand des Bundesarchivs dauerhaft zu gewährleisten;
 7. allen Versuchen, das in der SBZ und DDR begangene Unrecht zu relativieren, entgegenzutreten;
 8. sich für Entschädigungsleistungen an anerkannte politisch Verfolgte und eine Verbesserung ihrer sozialen Lage einzusetzen, unter anderem durch die Einrichtung eines ausreichend ausgestatteten Härtefallfonds "SED-Unrecht" im Bund;
 9. die reguläre Forschung und Lehre zu kommunistischen Diktaturen, insbesondere deren Repressionen und ihren langfristigen Folgen, an den akademischen Einrichtungen im Freistaat zu fördern und diese Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, insbesondere durch eine stärkere Berücksichtigung in den Lehrplänen der Schulen;
 10. neben der Forschung und Wissensvermittlung über die Geschichte und Lehren aus der SBZ/SED-Diktatur im europäischen Kontext auch das Erschließen und Bewahren von historischen Orten in Thüringen, die heute noch an die SBZ/SED-Diktatur und die Zeit des Kalten Kriegs erinnern, zukunftsfest abzusichern;
 11. dem Gedenken und der Erinnerung sowie den Lehren aus der SBZ/SED-Diktatur öffentlich wirksam einen breiten Raum zu verschaffen, um mit Hilfe einer offensiven Demokratiewerk die Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Voraussetzungen und Zerbrechlichkeit freiheitlicher demokratischer Verhältnisse zu schärfen;

12. ihre Möglichkeiten zu nutzen, um aus Thüringen Impulse zu setzen, die die Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit zur SBZ/SED-Diktatur nicht nur als ein "ostdeutsches Spezialthema" verorten, sondern stärker als eine gesamtdeutsche Aufgabe verankern.

Birgit Pommer
Präsidentin des Landtags